

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist seit jeher Hauptantriebfeder grüner Politik. Unsere ökologische Kompetenz haben wir uns erworben im Kampf um mehr Gerechtigkeit: für Generationengerechtigkeit („Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geliehen“) und für weltweite Gerechtigkeit („Global denken, lokal handeln“). Mit unserer Grundforderung nachhaltigen Wirtschaftens wollen wir die Bedürfnisse der Gegenwärtigen erfüllen, ohne die Chancen der Zukünftigen zu gefährden. Die ökologische Bewegung war und ist die erste politische Kraft, die die Globalisierung anhand ihrer Folgen ins öffentliche Bewusstsein gerückt und mit Forderungen nach ökologischer und sozialer Steuerung kritisiert hat. Ökologische, kulturelle und soziale Bürgerinitiativen, auf die wir Grünen uns bis heute stützen, fordern selbstbewusst politische Teilhabe und Mitsprache aus Gründen der Gerechtigkeit ein; Frauen (und Männer) engagieren sich bei uns seit Anfang an in besonderem Maße – wegen und für Geschlechtergerechtigkeit. Soziale Gerechtigkeit heißt für uns Grüne zuallererst Chancengerechtigkeit.

Sie setzt ein Mindestmaß an Teilhabe voraus am gesellschaftlichen Reichtum, an politischer Mitsprache, zivilgesellschaftlicher Integration und sozialer Sicherheit. Erst auf dieser Basis ist für jede/n einzelne/n Würde und Selbstbestimmung gewährleistet. Unsere ökologische und soziale Politik setzt den Anspruch der Aufklärung auf verallgemeinerbares Handeln konsequent um. Gerecht ist ein Gesellschafts- und Wirtschaftssystem, das nicht auf dem Ausschluss anderer Menschen basiert und auf Kosten anderer funktioniert. Das gilt für uns in alle Richtungen, also in klassischen Menschenrechtsfragen wie Religion, Herkunft, Geschlecht, aber auch global, im Hinblick auf unterschiedliche Lebensabschnitte und über Generationen hinweg. Selbstbestimmung und individuelle Freiheit sind ohne ein Mindestmaß an sozialer Gerechtigkeit als Werte problematisch; eine moderne individualisierte Gesellschaft zerfällt ohne gesellschaftliche Solidarität. Politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen, darunter auch jede soziale Hilfe, sollen die Fähigkeit zur Selbsthilfe fördern und fordern: sie sollen die Würde und das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen respektieren und die Menschen ermutigen und ertüchtigen, ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Unsere Politik will alle Hemmnisse abbauen, mit denen Menschen in Bayern aus sozialen oder kulturellen Gründen Chancen der individuellen Lebensgestaltung verwehrt werden.

Fehlende Chancengerechtigkeit ist das größte Defizit in Bayern

Bayern ist ein reiches Land. Aber nicht alle haben gleichermaßen Teil an der Mehrung des öffentlichen und privaten Reichtums. Die Einkommen aus Unternehmen und Vermögen sind wie in den andern Ländern drastisch gestiegen, dafür stagnieren seit 15 Jahren die Bruttolöhne, die Netto-Einkommen der abhängig Beschäftigten sinken sogar. Die unsoziale „Sparpolitik“ der CSU verschärft diese Schieflage massiv. Die Staatsregierung kürzt auf Kosten der sozial Schwachen. Statt tatsächlich Kosten einzusparen, verschiebt sie sie auf andere: auf die Kommunen, auf die Zivilgesellschaft, auf die Zukunft.

Durch zwei Charakteristika werden die sozialen Disparitäten in Bayern stärker spürbar als anderswo: überdurchschnittliche Wirtschaftsdaten vergrößern die in Deutschland übliche soziale Spreizung und überdies hängen die Chancen der Menschen, ihr Leben selber zu gestalten, stärker als anderswo von ihrer sozialen und regionalen Herkunft bzw. ihrem Geschlecht ab. Fehlende Chancengerechtigkeit zieht erhebliche Folgekosten nach sich. Umgekehrt sind ein hoher und breiter Bildungsstand, ein gutes Angebot an Möglichkeiten der Kinderbetreuung, soziale und ökologische Standards, ein flächendeckendes Gesundheitssystem, Gleichberechtigung und Chancengerechtigkeit Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung.

Deshalb sehen wir unsere vordringlichste Aufgabe im Kampf gegen die Chancenungerechtigkeit im bayerischen Bildungssystem, gegen Armut wie Arbeitslosigkeit und ihre Folgen, gegen regionale Chancenungerechtigkeit und die Abkoppelung des ländlichen Raums.